

BEGRÜNDUNG

zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Merzdorf/Nord“

der Gemeinde Merzdorf, Amt Schradenland
– gleichzeitig Erläuterung zum V+E-Plan –

Vorentwurf, Stand: 24.01.2025

Inhalt:

1	Ziele, Zwecke und Erforderlichkeit der Bauleitplanung	2
2	Rechtsgrundlagen	2
3	Plangebiet	3
3.1	Geltungsbereich, Größe	3
3.2	Gegenwärtige Nutzung der Fläche	3
3.3	Erschließung	4
4	Übergeordnete Planungen	4
4.1	LEP HR, LEPro, RP Lausitz-Spreewald	4
4.2a	Flächennutzungsplan der Gemeinde Merzdorf	6
4.2b	Einordnung des Vorhabens in das Gemeindegebiet	6
5	Darlegung der Planung	7
5.1	Planzeichnung (zeichnerische Festsetzungen)	7
5.2	Textliche Festsetzungen	9
6	Vorhabenbeschreibung	13
6.1	Photovoltaikanlage	13
6.2	Kabeltrasse, Übergabestation	14
7	Durchführungsvertrag gemäß § 12 BauGB	14
8	Hinweise	15
8.1	Hinweis auf Altlasten / Kampfmittel	15
8.2	Hinweis zum Denkmalschutz-Bodendenkmale	15
8.3	Hinweise zum Brandschutz	15
8.4	Hinweise zum Bodenschutz	15
8.5	Blendschutz	16
9	Flächenbilanz	16
10	Verfahrensablauf	17
Anhang 1:	Vorhaben- und Erschließungsplan (in Arbeit)	
Anhang 2:	Umweltbericht zum Bebauungsplan (in Arbeit)	
	Anlage 1 zum Umweltbericht: Bestands-/Biotopkarte (in Arbeit)	
	Anlage 2 zum Umweltbericht: Maßnahmenplan (in Arbeit)	
Anhang 3:	FFH-Vorprüfung (in Arbeit)	
Anhang 4:	Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) (in Arbeit)	
Anhang 5:	Blendgutachten (in Arbeit)	
Anhang 6:	Durchführungs-Vertrag (in Arbeit)	

1 Ziele, Zwecke und Erforderlichkeit der Bauleitplanung

Nördlich der Ortslage Merzdorf sollen zwei Landwirtschaftsflächen als Photovoltaikanlage zur Energiegewinnung auf der Basis solarer Strahlungsenergie mit einer Gesamtgröße von 7,8 ha und einer Nennleistung von ca. 8,5 MWp genutzt werden. Das Vorhaben leistet einen Beitrag zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien und liegt damit im überragenden öffentlichen Interesse gemäß § 2 EEG auf dem Weg zur klimaneutralen Energieerzeugung.

Für die Errichtung der Photovoltaikanlage im derzeitigen Außenbereich ist die Aufstellung eines verbindlichen Bauleitplanes erforderlich.

Das Vorhaben wird in Kap. 6 dieser Begründung näher beschrieben und besitzt einen Netzverknüpfungspunkt mit Einspeisezusage im Umspannwerk Elsterwerda. Die Existenzfähigkeit des betroffenen landwirtschaftlichen Betriebes, der von Anfang an in die Planung einbezogen wurde, ist durch das Vorhaben nicht gefährdet; vielmehr wird das Vorhaben auch von diesem gewünscht.

Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (2019) enthält keine flächenhaft dargestellten Ziele und Grundsätze für das Vorhabengebiet (hierzu sowie zu weiteren textlichen Festlegungen vgl. Kap. 4.1 dieser Begründung). Der Regionalplan Lausitz-Spreewald wurde bisher nicht rechtswirksam und enthält daher keine weiteren zeichnerischen oder textlichen Konkretisierungen, Festlegungen oder Darstellungen für das Vorhabengebiet.

Der rechtsgültige Flächennutzungsplan der Gemeinde Merzdorf wird parallel zur Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes geändert; eine Betrachtung zur Einfügung des Vorhabens in eine geordnete städtebauliche Entwicklung erfolgt in Kap. 4.2b dieser Begründung.

2 Rechtsgrundlagen (allerletzte Änderungen werden vor Beschlussfassung eingefügt)

Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22. Dezember 2008 (BGBl. 2008 I S. 2694), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88)

Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)

Baunutzungsverordnung (BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)

Planzeichenverordnung (PlanzVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)

Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 (GVBl.I/18 Nr. 39), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. September 2023 (GVBl.I/23 Nr. 18)

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S.2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022

(BGBl. I S. 2240) Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz – (BbgNatSchAG) vom 21. Februar 2013 (GVBl.I/13 Nr. 3, berichtigt Nr. 21), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 05. März 2024 (GVBl.I/24 Nr. 9)

3 Plangebiet

3.1 Geltungsbereich, Lage, Größe

Das Plangebiet befindet sich im Gebiet der Gemeinde Merzdorf, Amt Schradenland, Landkreis Elbe-Elster nördlich der Ortslage Merzdorf auf Dauergrünland der Pulsnitzniederung. Im Norden grenzt eine Intensiv-Ackerfläche an, im Nordosten unmittelbar das NSG „Untere Pulsnitzniederung“ sowie das flächenidentische, gleichnamige FFH-Gebiet DE4547-302 „Untere Pulsnitzniederung“, im Osten weiteres Dauergrünland. Im Süden befinden sich teils landwirtschaftlich, teils gewerblich genutzte Gebäude der Ortslage Merzdorf, und im Westen die Ortsverbindungsstraße „Elsterwerdaer Straße“ sowie darüberhinaus große Intensiv-Ackerschläge.

Der Geltungsbereich des V+E-Plans bzw. des Bebauungsplans umfasst folgende Flächen in der Gemarkung Merzdorf, Flur 8, Flurstücke 100 (Teilfläche), 101 (Teilfläche), 102, 163 (Teilfläche), 165, 251 und 426. Das Plangebiet zerfällt in zwei separate Teilbereiche, die jeweils öffentlich gewidmeten, befestigten Gemeinde-Straßen anliegen.

Die Flurstücke befinden sich im Privateigentum. Der Gemeinde Merzdorf gehören Flurstücke mit Entwässerungsgräben und landwirtschaftlichen Wegen.

3.2 Gegenwärtige Nutzung der Vorhabenflächen

Der gesamte Geltungsbereich des Bebauungsplans wird derzeit als Dauergrünland für Pferde, Rinder, Schafe und Alpacas genutzt. Der landwirtschaftliche Pachtvertrag wird im Einvernehmen mit dem Pächter abgelöst.

Die aktuellen Nutzungs- und Biotoptypen der Vorhabenflächen und der Umgebung gibt die Anlage 1 zum Umweltbericht (Bestand-/Biotopkarte) lagegetreu wieder, vgl. auch Umweltbericht Kap. 2a Biotopkartierung. Auf beiden Teilflächen wächst mesophiles Grünland mit etlichen Stauden- und Grasarten wie Schafgarbe, Wiesenkerbel, Löwenzahn u.a. Die Teilfläche 1 wurde in den vergangenen beiden Jahren nur schwach beweidet, so dass dort Saum- und Ruderalarten wie Rainfarn u.a. eingewandert sind.

Der Boden der Vorhabenflächen ist stark entwässert. Zwei kürzlich erneuerte Stauwehre in den Entwässerungsgräben am östlichen Rand der Teilfläche 2 regeln den Grundwasserstand auf ca. 0,5 m unter Flur. Der Humusgehalt des Bodens in Teilfläche 1 ist hoch, in Teilfläche 2 sehr hoch, so dass es sich in Teilfläche 1 um anmoorige Böden und in Teilfläche 2 um wechsellockene Niedermoorböden handelt.

Aktuell als Weg oder Entwässerungsgraben genutzte Flurstücke der Gemeinde Merzdorf (vgl. Biotopkarte) bleiben uneingeschränkt funktionsfähig.

Das Relief des Plangebietes gestaltet sich in den Teilflächen 1 und 2 vollständig eben bei ca. 93 m über NHN.

Auf der Vorhabenfläche besteht weder Kampfmittel-Verdacht noch sind archäologische Boddendenkmale bekannt, vgl. Kap. 8.1 und 8.2.

3.3 Erschließung

- *Niederschlagswasser*
Keine Niederschlagswasser-Kanalisation vorhanden; sämtliches Niederschlagswasser versickert vor Ort bzw. gelangt in die Entwässerungsgräben.
- *Brandschutz / Löschwasserversorgung*
Keine Trinkwasserleitung auf der Vorhabenfläche vorhanden; zur Löschwasserversorgung vgl. Kap. 8.3.
- *Verkehr*
Die Teilflächen sind über vorhandene, öffentlich gewidmete Gemeindestraßen unmittelbar an das übergeordnete Straßenverkehrsnetz (L 59) angebunden. Ein Ausbau der Gemeindestraßen zur Erschließung der Teilflächen des B-Plans ist nicht erforderlich; in der Bauphase werden ggf. temporäre Baustraßenelemente verwendet. Die verkehrliche Erschließung der Vorhabenflächen ist somit bereits heute gesichert.
- *Stromeinspeisung*
Der produzierte Strom wird nach Vorgabe des Energieversorgers in das vorhandene öffentliche Stromnetz eingespeist. Der Einspeisepunkt im Umspannwerk Elsterwerda wurde vom zuständigen Energieversorger reserviert. Die voraussichtliche elektrische Leistung beträgt 8,5 MWp (DC). Das unterirdische Stromkabel zwischen der PVA und Einspeisepunkt unterliegt einem separaten Genehmigungsverfahren und ist nicht Bestandteil dieses B-Plans.

Das Vorhaben erfordert keine weitere Ver- oder Entsorgung. Auch die gesamte Erschließung ist somit bereits heute gesichert.

4 **Übergeordnete Planungen**

4.1 Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 2019 (LEP HR), Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro), Regionalplan Lausitz-Spreewald

Die Gemeinde Merzdorf befindet sich gemäß Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (2019) im weiteren Metropolenraum (WMR) ohne zentralörtliche Funktion. Der LEP HR belegt die nördlich und östlich angrenzenden naturschutzrechtlichen Schutzgebiete mit dem Ziel 6.2 „Freiraumverbund“; die Festlegungskarte des LEP HR lässt einen eindeutigen Zwischenraum zwischen der Freiraumverbundfläche und dem Rand der bebauten Ortslage offen, der für die PVA genutzt wird. Für die Teilflächen 1 und 2 selbst enthält der LEP HR keine flächenhaft dargestellten Ziele und Grundsätze.

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG sind Ziele der Raumordnung abschließend abgewogen und damit unmittelbar verbindlich zu beachten. Da keine Fernwirkungen von der PVA ausgehen, wird die Freiraumverbundfläche vom Vorhaben nicht beeinträchtigt.

Der Regionalplan Lausitz-Spreewald befindet sich im Scoping-Verfahren, liefert also keine weiteren konkretisierenden, zeichnerischen oder textlichen Festlegungen und Darstellungen für das Vorhabengebiet.

Das Vorhaben erfüllt folgende Leitlinien, Ziele und Grundsätze des **LEP HR 2019** sowie des **LEPro 2007**:

- LEPro § 2 Abs. 3 (Grundsatz): In den ländlichen Räumen sollen in Ergänzung zu den traditionellen Erwerbsgrundlagen neue Wirtschaftsfelder erschlossen und weiterentwickelt werden (hier: Gewinnung von Strom aus solarer Strahlungsenergie). Der Ausbau der erneuerbaren Energien [hier: Solarenergie] trägt zur Steigerung regionaler Wertschöpfung bei [hier: die Gewerbesteuer geht gemäß der gesetzlichen Bestimmungen an die Standortgemeinde Merzdorf; laut § 6 EEG sollen Anlagenbetreiber Gemeinden, die von der Errichtung ihrer Anlage betroffen sind, finanziell beteiligen. Bei Freiflächenanlagen dürfen den betroffenen Gemeinden Beträge von insgesamt 0,2 Cent pro Kilowattstunde für die tatsächlich eingespeiste Strommenge angeboten werden; von dieser Möglichkeit wird Gebrauch gemacht. Weiterhin fallen Pacht für den ortsansässigen Eigentümer sowie Einnahmen aus der Flächenpflege durch ortsansässigen Landwirtschaftsbetrieb an] (Grundsatz 5.3 (3) LEP M-V). Bürgern und der Gemeinde Merzdorf wird die wirtschaftliche / finanzielle Teilhabe an dem Vorhaben angeboten
- LEPro § 4 Abs. 2 (Grundsatz): Durch eine nachhaltige und integrierte ländliche Entwicklung sollen ... die Nutzung regenerativer Energien (hier: Gewinnung von Strom aus solarer Strahlungsenergie) ... in den ländlichen Räumen als Teil der Kulturlandschaft weiterentwickelt werden.
- LEP HR Z 6.2 (Ziel): Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die den Freiraumverbund in Anspruch nehmen oder neu zerschneiden, sind ausgeschlossen, sofern sie die Funktionen des Freiraumverbundes oder seine Verbundstruktur beeinträchtigen. Zwar befindet sich das Vorhaben in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Flächen des Freiraumverbundes, beeinträchtigt jedoch weder seine Funktionen noch seine Verbundstruktur, da zwischen der Grenze des Freiraumverbundes und der Umzäunung der PVA ein 10 m breiter, modulfreier Gewässerrand-Streifen festgesetzt wird; Wander- und Ausbreitungswege von mittleren und größeren Säugetieren wie Biber und Fischotter bleiben somit nach wie vor voll funktionsfähig. Für Kleintiere und Niederwild wie Zauneidechse und Ringelnatter stellt das Vorhaben aufgrund des Abstandes der Einzäunung von 15 cm zur Bodenoberfläche ohnehin keine Barriere dar. Z 6.2 bleibt somit durch das Vorhaben unberührt.
- LEPro § 6 Abs. 1 (Grundsatz): Den Anforderungen des Klimaschutzes soll Rechnung getragen werden. Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen sind bei relativ kurzen Planungs- und Verwirklichungszeiten rasch und nachhaltig in der Lage, fossile Energienutzungen zu regenerative Energie zu ersetzen und somit CO₂-Emissionen einzusparen, was ein Ziel mit überragender nationaler Bedeutung ist.
- LEP HR G 8.1 Abs. 1 Anstrich 2: Zur Vermeidung und Verminderung des Ausstoßes klimawirksamer Treibhausgase (CO₂) soll eine räumliche Vorsorge für eine klimaneutrale Energieversorgung, insbesondere durch erneuerbare Energien (hier: Stromerzeugung mittels solarer Strahlungsenergie), getroffen werden. Das Vorhaben entspricht dieser Vorgabe.

4.2a Flächennutzungsplan

Der rechtsgültige Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Merzdorf aus dem Jahr 1999 wird gemäß § 8 Abs. 3 BauGB parallel mit der Aufstellung vorliegenden Bebauungsplanes geändert (2. Änderung des FNP).

4.2b Einordnung des Vorhabens in das Gemeindegebiet

Die folgenden Ausführungen über mögliche alternative Standorte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen entsprechen dem Vorentwurf der 2. Änderung des FNP.

Konzentration des Vorhabens mit bestehenden Freiflächen-PVA

In der Gemeinde Merzdorf existieren keine realisierten Freiflächen-PVA. Auf unmittelbar angrenzenden Flächen der Nachbargemeinden wurden bisher ebenso wenig Freiflächen-PVA errichtet. Eine Konzentration des Vorhabens mit bestehenden Freiflächen-PVA ist daher nicht möglich.

Die nächstgelegene Freiflächen-PVA befindet sich auf einer kleinen Halde nördlich der Ortslage Gröden.

Ausschlussgebiete für Freiflächen-PVA

Weite Gebiete der Gemeinde Merzdorf, die mit den Nutzungen Wald, FFH-Gebiet, Landschaftsschutzgebiet und Siedlung belegt sind, scheiden als Suchraum für Freiflächen-PVA von vornherein aus:

- Südlich der Ortslage Merzdorf und der L 59 erstreckt sich das Landschaftsschutzgebiet „Merzdorf-Hirschfelder Waldhöhen“, in dem gemäß § 26 Abs. 2 BNatSchG¹ keine baulichen Anlagen gestattet sind.
- Wald scheidet wegen der Beschattung der Bodenoberfläche für PVA aus und darf gemäß § 1a Abs. 2 BauGB² und § 9 Abs. 1 BWaldG³ nicht gerodet werden, da geeignete Freiflächen zur Verfügung stehen und Ersatzaufforstungen ebenfalls Freiflächen in Anspruch nehmen würden. Waldflächen befinden sich insbesondere in den Schutzgebieten gemäß Naturschutzrecht und sind schon von daher für PVA nicht nutzbar; ansonsten existieren einige kleinere Waldflächen im Gemeindegebiet, für die o.g. Grundsätze ebenfalls gelten.
- Bebaute Siedlungsflächen stehen für Freiflächen-PVA nicht zur Verfügung.
- Stehende und fließende Gewässer einschließlich temporär oder episodisch wasserführende Entwässerungsgräben einschließlich ihrer Uferzonen und Gewässerrandstreifen scheiden als Suchräume für PVA ebenfalls aus.
- Im festgesetzten Überschwemmungsgebiet der Schwarzen Elster (vgl. Bestandskarte Umwelt) dürfen keine baulichen Anlagen errichtet werden.

¹ „In einem Landschaftsschutzgebiet sind ... alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern.“

² „... als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.“

³ „Wald darf nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist.“

Gründe für die Wahl der Vorhabenfläche

Nach Verkleinerung des Alpaca-Zuchtbetriebes liegt die Teilfläche 1 brach. Durch erhöhten Grundwasserstand bringt die Teilfläche 2 nur noch Futtererträge minderer Qualität und Quantität. Der Rat der Gemeinde Merzdorf beschloss daher am 18.09.2023⁴, für diese Flächen den vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzustellen, um einen Beitrag zur Energiewende zu leisten, ohne dafür hochwertige landwirtschaftliche Ertragsflächen in Anspruch zu nehmen. Durch angepasste Bauweise der PVA (vgl. Kap. 6: Vorhabenbeschreibung) erleiden die moorigen Böden keine Beeinträchtigung, sondern können bei erhöhtem Grundwasserstand weiter regeneriert werden, was auch der niedermoor typischen Flora und Fauna zugute kommt. Ggf. erforderliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen dienen zur Aufwertung des benachbarten FFH-Gebietes.

Der betroffene Landwirtschaftsbetrieb war vom allerersten Beginn der Planung des Vorhabens bereits einbezogen. Entschädigungen wurden privatrechtlich vereinbart. Die Bewirtschaftungsplanung, auch hinsichtlich der EU-Agrarförderung, ist mit dem betroffenen Landwirtschaftsbetrieb geklärt.

5 Darlegung der Planung

5.1 Planzeichnungen (B-Plan-Dokument, V+E-Plan)

Wie aus der Legende der Planzeichnungen hervorgeht, stellen die Planzeichnungen zeichnerische Festsetzungen innerhalb des Geltungsbereichs des B-Plans sowie weitere Sachverhalte ohne Festsetzungscharakter inner- und außerhalb des Geltungsbereichs dar. Der V+E-Plan enthält zusätzlich die geplanten Modultische, Feuerwege u.a. Projektdetails.

Die Gesamtgröße des Geltungsbereiches beider Teilflächen des B-Plans umfasst insgesamt 78.306 m².

Sondergebiete Photovoltaik

Generelle Voraussetzung für die Festsetzung von Sondergebieten ist, dass die Planungsabsichten der Gemeinde durch Baugebietstypen, wie sie die BauNVO in den §§ 2 bis 9 (z.B. Wohn- oder Gewerbegebiete) vorgibt, nicht umgesetzt werden können. Im vorliegenden Fall liegen wesentliche Unterscheidungsmerkmale zu den Baugebietstypen gemäß der §§ 2 bis 9 BauNVO vor, da großflächige Photovoltaik-Freiflächenanlagen einen vollständig anderen Charakter besitzen als die in Baugebieten nach den §§ 2 bis 9 BauNVO zulässigen Nutzungen. Die beabsichtigte Nutzungsausrichtung zielt insbesondere auf spezifische Anlagen und Einrichtungen zur Energiegewinnung und -speicherung aus Solarenergie ab und lässt sich insofern nur durch die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung Freiflächen-Photovoltaikanlage gemäß § 11 BauNVO planungsrechtlich realisieren.

Das B-Plan-Dokument setzt dem Zweck des Vorhabens entsprechend 2 Sondergebiete mit der Zweckbestimmung Photovoltaik (SO PV) mit einer Gesamtfläche von 65.710 m² fest.

Die ausgewiesenen sonstigen Sondergebiete mit der Zweckbestimmung „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ dienen der Unterbringung von Anlagen und Einrichtungen zur Energiegewinnung.

⁴ Aus formalen Verfahrensgründen wurde der Beschluss am 17.03.2025 wiederholt (Beschluss-Nr. 10/2025)

nung durch gebäudeunabhängige Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie Nebenanlagen wie Wechselrichter, Stromspeicher und Anlagen für die Feuerwehr.

Private Grünflächen mit Überlagerung durch Flächen zur Gehölzanzpflanzung oder zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Die festgesetzten privaten Grünflächen (insgesamt 13.596 m²) werden mit Flächen zur Gehölzanzpflanzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB oder mit SPE-Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB überlagert:

In den Pflanzflächen sind Feld- und Sichtschutzhecken (insgesamt 2.601 m²) aus einheimischen, standortgerechten Straucharten der Artenliste zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten, vgl. auch textliche Festsetzung 7 und Maßnahmenblatt Nr. 2.

SPE-Flächen dienen der Entwicklung und dauerhaften Pflege von Feuchtwiesen (insgesamt 9.995 m²), zumeist parallel angrenzend an die äußeren Gräben des FFH-Gebietes „Untere Pulsnitzniederung“, vgl. auch textliche Festsetzung 8 und Maßnahmenblatt 3. Neben ihrer eigentlichen Biotop-Funktion als Feuchtwiese erfüllen sie auch die Funktion von Gewässerand-Streifen der Gräben sowie die Funktion von Wander- und Ausbreitungskorridoren für Biber und Fischotter.

Verkehrsflächen

Die Teilbereiche liegen jeweils mit ihrer Haupteinfahrt an vorhandenen Verkehrswegen (asphaltierte öffentliche Gemeindestraßen). Außerhalb des Plangebietes liegend, werden diese Verkehrswege als Bestand nachrichtlich dargestellt. Die Haupteinfahrten vom jeweiligen vorhandenen Verkehrsweg in die Teilflächen 1 und 2 sind in den Plandokumenten gekennzeichnet.

Eine Binnenerschließung der SO ist nicht erforderlich. Für die Feuerwehr werden im SO Wege und Stellplätze mit der erforderlichen Tragfähigkeit geschottert, vgl. V+E-Plan.

Baugrenzen

Die Baugrenzen definieren die überbaubaren Grundstücksflächen innerhalb der Sondergebiete Photovoltaik gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO. Einfriedungen dürfen auch außerhalb der Baugrenze, jedoch nur innerhalb der Sondergebiete Photovoltaik errichtet werden. Die Baugrenzen befinden sich ringsum im Abstand von mindestens 5,00 m zur Grenze der Sondergebiete.

Planeinschriebe

Ausgewählte Inhalte textlicher Festsetzungen sind in der Schablone unterhalb der SO-Bezeichnung wiedergegeben (Planeinschriebe).

Darstellungen ohne Festsetzungscharakter

Sonstige Darstellungen ohne Festsetzungscharakter betreffen die Flurstück-Grenzen, die Flurstück-Nummern, die vorhandenen Verkehrswege außerhalb des Plangebietes und die Haupteinfahrten auf beiden Teilbereiche des Vorhabens. Die außerhalb des Plangebietes dargestellten Verkehrswege bedürfen keines Ausbaus für den Regelbetrieb des Vorhabens; ggf. werden sie durch temporäre Baustraßenelemente während der Bauzeit ertüchtigt.

5.2 Textliche Festsetzungen

Nr. 1: Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO)

„Festgesetzt werden sonstige Sondergebiete mit der Zweckbestimmung Freiflächen-Photovoltaikanlage. Zulässig in den SO sind PV-Anlagen, bestehend aus Unterkonstruktion und Solarmodulen sowie dem Nutzungszweck des Gebietes dienende technische Anlagen und Einrichtungen wie Betriebscontainer, Energiespeicher, Zufahrten, Wartungsflächen, Blendschutzeinrichtungen, sonstige erforderliche Nebenanlagen und Einrichtungen für die Feuerwehr.“

Die Festsetzung konkretisiert die zweckentsprechende Nutzung der Sonderbaufläche Photovoltaik:

Im Plangebiet sind ausschließlich Modultische mit Solarmodulen sowie die zum Betrieb der PVA erforderlichen technischen Anlagen und Einrichtungen, die an den Modultischen oder in separaten Containern untergebracht werden können, und dem Nutzungszweck des Gebietes dienende Nebenanlagen zulässig. Hierzu zählen auch Wechselrichter, Trafo- und Übergabestationen sowie Energiespeicher, Einrichtungen für die Feuerwehr wie Stellplätze, Brunnen oder Löschwasservorratsbehälter, Einfriedungen und ggf. Blendschutzeinrichtungen. Alle übrigen Nutzungen, die nicht der Gewinnung oder Speicherung solarer Strahlungsenergie dienen, sind ausgeschlossen. Zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen sind Niederfrequenzanlagen wie Transformatorstationen so anzuordnen, zu errichten und zu betreiben, dass sie bei höchster betrieblicher Anlagenauslastung in ihrem Einwirkungsbereich an Orten, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, die im Anhang 1a der Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BImSchV genannten Grenzwerte nicht überschreiten; eine entsprechende Darstellung erfolgt im Bauantrag.

Nr. 2: Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

„2.1 Die maximal überdeckbare bzw. versiegelbare Grundfläche beträgt in den Sondergebieten (Bezugsfläche) jeweils 75% (GRZ max. 0,75).

2.2 Auf der Grundlage von § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO werden die Überschreitungsmöglichkeiten der versiegelbaren Grundfläche gemäß § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO sowie gemäß § 19 Abs. 5 BauNVO ausgeschlossen.

2.3 Die maximale Höhe der Oberkante aller baulicher Anlagen beträgt 4,0 m; ausgenommen davon sind die Masten für die Befestigung von Überwachungskameras mit maximal 5,0 m Höhe. Die minimale Höhe der Unterkante der Solarmodultische beträgt 0,8 m. Als Höhenbezugspunkt gilt der jeweils nächstgelegene eingemessene Punkt im Höhenbezugssystem DHHN 2016 in Meter über NHN.“

Die Solarmodule sollen auf Modultischen montiert werden. Die dem Boden aufliegenden Ankerplatten der Tragkonstruktion von Modulen stellen eine direkte Bodenversiegelung bzw. einen Bodeneingriff dar. Die Bodenüberdeckung durch die Solarmodule (ohne direkte Bodenberührung) stellt ebenfalls einen relevanten Faktor bei der GRZ-Ermittlung dar. Die Überdeckung ergibt sich aus senkrechter Projektion der Solarmodu-

le zur Bodenfläche. Aus der direkten Bodenversiegelung durch Fundamente von Nebenanlagen wie Wechselrichter, Betriebscontainer etc. und der Ankerplatten der Modultisch-Stützen sowie der Überdeckung durch Solarmodule resultiert insgesamt die GRZ, deren maximaler Wert mit 0,75 festgesetzt ist.

Die GRZ gemäß § 19 BauNVO) regelt die zulässige Versiegelung/Überdeckung (buch-)grundstücksbezogen. Die Sondergebiete überdecken im vorliegenden Fall jeweils mehrere Flurstücke; der Überdeckungsgrad der Flurstücke durch die Sondergebiete ist teils niedriger, teils höher als 75 %. Als Bezugsfläche für die GRZ wird daher die Sondergebietsfläche festgesetzt und ist damit eindeutig.

Die nach § 19 Abs. 4 S. 1 und 2 BauNVO sowie nach § 19 Abs. 5 BauNVO zulässige Überschreitung der Bodenüberdeckung bzw. –Versiegelung ist in den sonstigen Sondergebieten nicht zulässig, da die Bilanzierung der Eingriffe insbesondere in die Schutzgüter Boden und Biotope auf einer überdeckbaren bzw. versiegelbaren Fläche von max. 75 % der Sondergebietsflächen beruht.

Die Solarmodule sind zur Sonne hin geneigt, um das Sonnenlicht effektiver einzufangen. Die Neigung verhindert außerdem eine übermäßige Verschmutzung der Solarmodule z.B. durch Staub und Vogelkot. Daher werden eine maximale Höhe für die Oberkante und eine minimale Höhe für die Unterkante festgesetzt. Die maximale Höhe von 4,0 m minimiert insbesondere den Eingriff in das Schutzgut Landschaftsbild; die minimale Höhe der Unterkante gewährleistet einen ausreichenden seitlichen Lichteinfall für die dauerhafte Begrünung und einen Arbeitsraum für die Mahd unter den Solarmodulen.

Zur Fernüberwachung der PV-Anlage und zum Diebstahlschutz sind Überwachungskameras erforderlich, die einen Überblick über die Anlage gewährleisten müssen. Die Höhe der Masten, an denen die Überwachungskameras befestigt sind, wird aus Gründen des Schutzgutes Landschaftsbild auf 5,0 m begrenzt, so dass sich die Überwachungskameras mindestens ca. 1 m über den Moduloberkanten befinden.

Der Bezugspunkt für die Höhe der baulichen Anlagen ist der nächstgelegene eingemessene Höhenpunkt der natürlichen Bodenoberfläche in Metern des amtlichen Höhenbezugssystems DHHN 2016.

Nr. 3: Überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

„Abweichend von § 23 Abs. 5 BauNVO sind Nebenanlagen i. S. d. § 14 BauNVO auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen ausgeschlossen; Einfriedungen, Blend- und Schutzvorrichtungen und die innere Erschließung sind jedoch auch im Bereich zwischen Bau- und Sondergebietsgrenze zulässig.“

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch die Festsetzung von Baugrenzen bestimmt; innerhalb dieser dürfen bauliche Anlagen errichtet werden (insgesamt 57.321 m²). Mit der textlichen Festsetzung wird die Zulässigkeit von Nebenanlagen i. S. v. § 14 BauNVO außerhalb der Baugrenzen ausgeschlossen, um die Umfahrung der Modultische zu Zwecken der Anlagen-Wartung, der Pflege des Bodenbewuchses und der Brandbekämpfung zu gewährleisten. Die Einfriedungen sind von der Festsetzung ausgenommen, da sie das gesamte Sondergebiet bei Gewährung der Umfahrung der Modultische einfrieden müssen; sie werden auf der Grenze des Sondergebietes er-

richtet. Schreibt das Blendgutachten Blendschutzeinrichtungen vor, können diese mit der Einfriedung kombiniert werden und sind daher ebenfalls von der Festsetzung ausgenommen. Da eine Ringumfahrung der PVA für die Feuerwehr zwischen den Modultischen und der Einfriedung, d.h. zwischen Bau- und Sondergebietsgrenze, erforderlich ist, sind dort auch Anlagen zur inneren Erschließung (z.B. Schotterwege) zulässig. In den festgesetzten Grün- und Verkehrsflächen sind weder Einfriedungen noch Blendschutzeinrichtungen zulässig.

Nr. 4: Einfriedung (§ 9 BbgBauO i. V. m § 9 Abs. 4 BauGB)

„In den Baugebieten sind offene Einfriedungen wie Drahtgeflechte oder Stahlgittermatten zulässig. Die maximale Höhe der Einfriedungen inklusive Übersteigenschutz beträgt 2,40 m. Die Zaunfelder müssen mindestens 15 cm lichten Abstand zwischen Bodenoberfläche und der Unterkante des Zaunes einhalten.“

Die Photovoltaikanlage stellt einen elektrischen Betriebsraum dar. Zum Schutz vor Betreten durch Unbefugte ist eine ausreichend hohe Einfriedung mit Übersteigenschutz erforderlich. Aus versicherungstechnischen Gründen ist eine Zaunhöhe von mindestens 2,0 m plus Übersteigenschutz i.H.v. 0,4 m gefordert. Der Bezugspunkt für die Höhe der baulichen Anlagen ist der nächstgelegene eingemessene Höhenpunkt der natürlichen Bodenoberfläche in Metern des amtlichen Höhenbezugssystems DHHN 2016.

Die offene, blickdurchlässige Ausführung der Einfriedungen als Drahtgeflechte oder Stahlgittermatten sowie die Ausführung der Einfriedungen mit einem lichten Bodenabstand von mindestens 15 cm werden gemäß § 9 BbgBauO i.V.m § 9 Abs. 4 BauGB festgesetzt. Um die Durchlässigkeit für kleinere Tierarten zu gewährleisten, ist ein Abstand von mindestens 15 cm zwischen Bodenoberfläche und Zaununterkante auf der gesamten Länge der Einfriedung zu gewährleisten (vgl. auch Umwelt- und Artenschutzbericht).

Nr. 5: Pflege von Bodenbewuchs der Sondergebiete (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

„Der Bodenbewuchs in den Sondergebieten ist als extensives Grünland dünger-, herbizid- und pestizidfrei zu bewirtschaften und nicht vor dem 01.07. jedes Jahres zu mähen. Das Mähgut ist zu beseitigen.“

Die Pflegemaßnahme dient einer artenreichen Erhaltung und Entwicklung des Bodenbewuchses und einer größtmöglichen Vielfalt an Insekten- und Vogelarten unter, neben und zwischen den Solarmodultischen (vgl. auch Umwelt- und Artenschutzbericht sowie Maßnahmenblatt Nr. 1).

Nr. 6: Gehölzanpflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

„In den SPE-Flächen zur Gehölzanpflanzung sind mindestens 5 Straucharten aus der Artenliste 3-reihig anzupflanzen.“

Ziel ist die Einbindung der PVA in die freie Landschaft bzw. die Abgrenzung zur Ortslage, um den Eingriff in das Schutzgut Landschafts- und Ortsbild zu minimieren. Außerdem reichern die Gehölzanpflanzungen die Biotopausstattung und –diversifizierung an. Vgl. hierzu mit dem Maßnahmenblatt Nr. 2.

Pflanzabstände: 1,0 m x 1,5 m;

Pflanzenqualität: Sträucher 60/100 cm, 3-triebig;

Fertigstellungspflege über 5 Jahre; Schutzeinrichtung gegen Wildverbiss; Einrichtungen gegen Wildverbiss und Zweiböcke nach 5 Jahren abbauen und entfernen.

Unterhaltungspflege: Die Gehölzfläche ist dauerhaft zu erhalten. Spontan aufgekommene Großbäume wie Kiefern, Ahorn, Eichen etc. können entnommen werden, um Beschattungen der PVA zu reduzieren.

Nr. 7: Maßnahmen zum Schutz, Pflege und Entwicklung (SPE) (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

„Die SPE-Fläche zur Entwicklung von Feuchtwiesen ist der Selbstbegrünung zu überlassen und jährlich ab 15.08. zu mähen.“

Ziel ist die Entwicklung und dauerhafte Erhaltung von Feuchtwiesen. Einrichtung der Feuchtwiesen durch Selbstbegrünung; Verzicht auf jegliche Düngung. Vgl. auch Maßnahmenblatt Nr. 3.

Pflegemaßnahmen für Feuchtwiesen:

1. Ersteinrichtung der Feuchtwiesen durch Selbstbegrünung.
2. Entwicklungspflege im 1. bis 5. Jahr: 2x jährlich Mahd mit Messerbalken, mind. 15 cm Schnitthöhe und Abfuhr des Mahdgutes.
3. Unterhaltungspflege im 6. bis 25. Jahr: 1x jährlich Mahd mit Messerbalken, mind. 15 cm Schnitthöhe nicht vor 15. August, Abfuhr des Mahdgutes.

Nr. 8: Bauzeitenregelung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

„Der Baubeginn (Baustelleneinrichtung, Baufeldberäumung, Beseitigung der obersten Vegetationsschicht etc.) ist nur in der Zeit vom 01.09. bis 15.03. vorzunehmen. Ausnahmen sind zulässig, sofern der unteren Naturschutzbehörde der gutachterliche, schriftliche Nachweis erbracht wird, dass im Baustellenbereich keine Vögel brüten. Dazu sind die Flächen und ggf. Gehölze durch einen Fachgutachter vor Beginn der Maßnahmen zu kontrollieren.“

Die Festsetzung gewährleistet den erforderlichen Schutz der Brutvogelarten gemäß § 44 BNatSchG.

6 Vorhabenbeschreibung

6.1 Photovoltaikanlage

Vorgesehen sind fest aufgeständerte Solarmodultische in Ost-West-ausgerichteten Reihen; die elektrische Gesamtleistung beträgt voraussichtlich ca. 8,5 MWp. Innerhalb der umzäunten Vorhabenfläche werden insgesamt maximal 49.283 m² Grundfläche überdeckt (max. 75 % von 65.710 m² SO-PV-Fläche). Die Solarmodultisch-Unterkanten und sonstigen elektrischen Nebenanlagen befinden sich mindestens 0,80 m, die Oberkante maximal 4,00 m über der Bodenoberfläche (Höhenbezugspunkt: nächstgelegener amtlich vermessener Höhenpunkt). Die bis zu 7,50 m breiten Solarmodultische sind mit einem Winkel von 10° - 30° gegenüber der Waagerechten nach Süden geneigt. Schwach reflektierende Solarmodule sind inzwischen Standard; die Verwendung derselben liegt der Beurteilung im Umweltbericht sowie der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung zugrunde. Die einzelnen Solarmodule weisen jeweils einige Zentimeter Abstand voneinander auf, so dass Niederschlagswasser auch innerhalb der Solarmodultische durchrieseln kann. Die Fläche unter den Solarmodultischen wird so befeuchtet und ermöglicht auch dort eine flächendeckende Vegetation. Sämtliches Niederschlagswasser versickert vor Ort. Die Trägerkonstruktion besteht aus fundamentlosen verzinkten Stahlprofilen. Soweit sie unmittelbar mit dem Erdboden Kontakt bekommen, sind sie mittels Magnelis-Legierung vor Korrosion geschützt. Die statische Stabilität ist daher auf Dauer gewährleistet, und der moorige Untergrund wird nicht durch korrodierenden Zink beeinträchtigt. Die PVA ist somit unabhängig vom Grundwasserstand. Die erforderliche Rammtiefe ergibt sich nach statischen Erfordernissen.

Die Anlage ist als elektrischer Betriebsraum mit einem Stahlmattenzaun mit Übersteigenschutz und einer Gesamthöhe von max. 2,40 m vor unbefugtem Zutritt geschützt. Der Zaun endet mindestens 15 cm oberhalb der Erdoberfläche, so dass Kleintiere und Niederwild barrierefrei auch in die Baufelder gelangen. Blendschutzeinrichtungen sind ggf. gemäß dem aktuellen Gutachten anzubringen.

Betriebsanlagen und Nebenanlagen im Sinne von § 14 BauNVO werden an den Solarmodultischen angebracht oder in Standard-Fertigteil-Containern untergebracht.

Die gesamten Anlagen sind wartungsarm (durchschnittlich max. 1 Kfz-Fahrt pro Woche).

Die Zugangsmöglichkeit zur eingezäunten PV-Anlage ist sicherzustellen mittels Toranlage mit Feuerweherschließung. Die Photovoltaikanlage wird mit einem entsprechenden NOT-Aus-Schalter ausgestattet, damit die Feuerwehr im Notfall eine Trennung der Anlage vornehmen kann.

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über vorhandene, befestigte und öffentlich gewidmete Gemeindestraßen. Im Durchführungsvertrag verpflichtet sich der Vorhabenträger zur Reparatur etwaig entstandener Schäden.

6.2 Kabeltrasse, Übergabestation

Kabeltrasse und Übergabestation befinden sich außerhalb des Geltungsbereiches des B-Plans.

Da für Kabeltrasse und Übergabestation ein eigenes Genehmigungsverfahren durchgeführt wird, bezieht der Geltungsbereich des B-Plans die Kabeltrasse und die Strom-Übergabestation an den öffentlichen Energieversorger nicht ein; sie werden aber im Umweltbericht als kumulierende Wirkungen durch sonstige Vorhaben berücksichtigt.

Kabeltrasse

Der elektrische Anschluss wird per Mittelspannungskabel des Vorhabenträgers zum Umspannwerk Elsterwerda realisiert. Die schriftliche Reservierung des Energieversorgers für den Netzverknüpfungspunkt im Umspannwerk Elsterwerda mit einer Leistung von 8,51 MWp liegt vor. Da das maximal xxx m lange Mittelspannungskabel unterirdisch verlegt wird, verbraucht es dauerhaft keine zusätzliche Fläche. Lediglich in der Bauphase wird ein 7 m breiter Arbeitsstreifen zur Verlegung des Kabels benötigt, somit werden während der Bauphase insgesamt xxx m² Fläche beansprucht, die nach Fertigstellung des Leitungskabels unmittelbar und uneingeschränkt der gegenwärtigen Nutzung wieder zur Verfügung stehen. Die Querung der L 59 sowie von Flächen mit geschützten Biotopen erfolgt mittels Spülbohrverfahren ohne Aufbruch der Straße bzw. ohne Beeinträchtigung der Biotope.

Beeinträchtigungen von Vogelarten während der Bauzeit der Kabeltrasse werden durch Bauzeitenregelungen analog zur textlichen Festsetzung Nr. 9 ausgeschlossen. Zudem vermeidet eine ökologische Baubegleitung erforderlichenfalls Beeinträchtigungen des Bodens und der Vogelarten. Beeinträchtigungen sonstiger geschützter Pflanzen- und Tierarten lassen sich durch die Führung der Kabeltrasse über landwirtschaftlich genutzte Flächen minimieren bzw. vermeiden.

Strom-Übergabestation

Eine Übergabestation an den öffentlichen Stromversorger wird entsprechend dessen Vorgaben errichtet. Die eingezäunte Grundfläche beträgt voraussichtlich ca. 150 m², während der Bauphase werden insgesamt max. 1.000 m² beansprucht. Hinsichtlich Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen von Boden und Natur während der Bauphase gilt das Gleiche wie für die Kabeltrasse.

7 Durchführungsvertrag gemäß § 12 BauGB

Vor dem Satzungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird zwischen dem Vorhabenträger und der Gemeinde Merzdorf ein Durchführungsvertrag § 12 BauGB geschlossen. Dieser umfasst neben der Errichtung des Vorhabens gemäß Vorhaben- und Erschließungsplan insbesondere Fristen für die Errichtung des Vorhabens, weitere Verpflichtungen des Vorhabenträgers gegenüber der Gemeinde z. B. für den Bauablauf und Bauüberwachung ferner die Art, Durchführung und Fristen von Naturschutz-Ersatzmaßnahmen sowie die Verpflichtung zur Reparatur von Schäden jeglicher Art, die durch Anlieferverkehr während der Bauzeit entstehen.

8 Hinweise

Die nachfolgenden Hinweise können auf der Grundlage der Stellungnahmen gemäß §§ 3 und 4 Abs. 1 BauGB im weiteren Verfahren ergänzt oder überarbeitet werden.

8.1 Hinweis auf Altlasten und Kampfmittel

Kampfmittelvorkommen und Altlastverdachtsflächen sind derzeit nicht bekannt.

8.2 Hinweis zum Denkmalschutz - Bodendenkmale

Das Plangebiet befindet sich außerhalb von bekannten Bodendenkmalen. Dennoch können anzeige- bzw. ablieferungspflichtige Funde an jeder Stelle des Plangebietes auftreten.

Wenn während der Erdarbeiten (Grabungen, Ausschachtungen usw.) Befunde wie Mauern, Mauerreste, Fundamente, verschüttete Gewölbe, Verfüllungen von Gräben, Brunnenschächte, verfüllte Latrinen- und Abfallgruben, gemauerte Fluchtgänge und Erdverfärbungen (Hinweise auf verfüllte Gruben, Gräben, Pfostenlöcher, Brandstellen oder Gräber) oder auch Funde wie Keramik, Glas, Münzen, Urnenscherben, Steinsetzungen, Hölzer, Holzkonstruktionen, Knochen, Skelettreste, Schmuck, Gerätschaften aller Art (Spielsteine, Kämme, Fibeln, Schüsseln, Besteck) zum Vorschein kommen, sind diese der unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen.

Der Fund und die Fundstelle sind in unverändertem Zustand zu erhalten. Diese Verpflichtung erlischt nach sachgemäßer Untersuchung oder Bergung des Denkmals. Aufgefundene Gegenstände sind dem Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege zu übergeben.

8.3 Hinweise zum Brandschutz

Die Photovoltaik-Anlage besteht aus unbrennbarem Metall und Glas. Die Löschwasserversorgung wird entsprechend der Brandschutzvorschriften hinsichtlich Menge und Zeitdauer durch Brunnen oder Löschwasservorrat auf der Fläche sichergestellt. Detailausführungen z.B. der Feuerwehr-Stellplätze, Brandschutz- und Wundstreifen sowie Standorte der Brunnen bzw. Löschwasserkissen regelt ein Feuerwehrplan, der im Zuge des Bauantrages erstellt und mit der örtlichen Feuerwehr abgestimmt wird.

8.4 Hinweise zum Bodenschutz

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind im Bereich der Erdarbeiten keine schädlichen Bodenveränderungen, altlastverdächtigen Flächen bzw. Altlasten bekannt.

Die **Verwertung überschüssigen Bodenaushubs** oder Fremdbodens beim Ein- oder Aufbringen in die durchwurzelbare Bodenschicht hat unter Beachtung der bodenschutzrechtlichen Vorschriften (insbes. §§ 4, 7 Bundes-Bodenschutzgesetz, §§ 10-12 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung) zu erfolgen. Nach den gesetzlichen Vorgaben ist der Boden vorsorgend vor stofflichen und physikalischen Beeinträchtigungen (wie Kontaminationen mit Schadstoffen, Gefügeschäden, Erosion, Vernässungen, Verdichtungen, Vermischungen unterschiedlicher Substrate) zu schützen. Ein baulich in Anspruch genommener Boden sollte nach Abschluss eines Vorhabens seine natürlichen Funktionen wieder erfüllen können.

Für die **bodenkundliche Baubegleitung** sind neben der DIN 19731 Ausgabe 5/98 und der DIN 19639 die Anwendung des BVB-Merkblattes Band 2 – Bodenkundliche Baubegleitung BBB, Leitfaden für die Praxis (Bundesverband Boden) – und die Anwendung der Arbeitshilfe „Baubegleitender Bodenschutz auf Baustellen, Schnelleinstieg für Architekten und Bauingenieure“ zu gewährleisten, um vermeidbare Beeinträchtigungen des Bodens auszuschließen.

8.5 Hinweise zum Blendschutz

Direkte Blendwirkungen auf den Menschen (hier: Kreisstraße K6204, Gemeindestraßen und die benachbarten Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Ortslage Merzdorf) sind durch Maßnahmen, die das aktuelle Blendschutzgutachten (vgl. Anhang 5) unter Berücksichtigung der brandenburgischen Leitlinie des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen [Licht-Leitlinie] vom 16.04.2014) vorgibt, ausgeschlossen. Der Nachweis, dass Blendwirkungen ausgeschlossen sind, ist erforderlich, da der Sachverhalt abwägungsrelevant ist.

9. Flächenbilanz

lfd. Nr.	Nutzungsart	Bestand (m ²)	B-Plan (m ²)	Differenz (m ²)
1	Fläche für Landwirtschaft	78.306	0	- 78.306
2	Sondergebiete Photovoltaik	0	65.710	+ 65.710
3	Private Grünfläche mit Gehölzanpflanzung	0	2.601	+ 2.601
4	Private Grünfläche mit Entwicklung Feuchtwiese	0	9.995	+ 9.995
	Summe	78.306	78.306	± 0

10. Verfahrensablauf

If- d.Nr.	verantwortlich	Verfahrensschritt	Datum
1	MNp Solar 6 GmbH & Co.KG	Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans auf der Grundlage eines Vorhaben- und Erschließungsplans für eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage mit ca. 8,5 MWp in der Gemarkung Merzdorf, Flur 3, Flurstücke 100 (Teilfläche), 101 (Teilfläche), 102, 163 (Teilfläche), 165, 251 und 426	xx.xx.2023
2	Gemeinde Merzdorf	Aufstellungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Solarpark Merzdorf/Nord, Beschluss-Nr. 28/2023 Aufstellungsbeschluss für die parallele 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Merzdorf, Beschluss-Nr. 29/2023 Wiederholung der Beschlüsse aus formalen Gründen am 17.03.2025, Beschluss-Nr. 10/2025 bzw. 09/2025	18.09.2023 17.03.2025
3	Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt i.A. der MNp Solar 6 GmbH & Co.KG	Erarbeitung des Plan-Vorentwurfs mit Begründung	08.11.2024
4	Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt	Abstimmung des Plan-Vorentwurfs mit der MNp Solar 6 GmbH & Co.KG, mit dem Amt Schradenland und mit dem Bauplanungsamt des Landkreises Elbe-Elster	November und Dezember 2024
5	Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt	Überarbeiteter Vorentwurf	24.01.2025
6	Gemeinde Merzdorf / Amt Schradenland	frühzeitige Beteiligungen gemäß §§ 3 und 4 Abs. 1 BauGB	07.04.2025 - 18.04.2025
7	Gemeinde Merzdorf	Abwägung der Stellungnahmen	
8	Planungsgemeinschaft Mensch & Umwelt i.A. der MNp Solar 6 GmbH & Co.KG	Erarbeitung des Plan-Entwurfs mit Begründung, Umweltbericht und spezieller artenschutzrechtlicher Prüfung; V+E-Plan; Entwurf des Durchführungsvertrages	
9	Gemeinde Merzdorf	Billigung des Plan-Entwurfs, Beteiligungen gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB	
10	Gemeinde Merzdorf	Abwägung der Stellungnahmen	
11	Gemeinde Merzdorf	Billigung des Durchführungsvertrages; Satzungsbeschluss oder Überarbeitung und erneute Beteiligungen	